

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausesallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Karl Ravens MdL, Oppositionsführer im niedersächsischen Landtag, stellt fest, daß bei Albrecht der "liberale Lack" allmählich abblättert.

Seite 1/2

Marlies Kutsch, Frauenbeauftragte des Bundesfamilienministeriums, nennt Schwerpunkte bei der Realisierung des Gleichberechtigungs-Grundsatzes.

Seite 3/4

Jürgen Jöns, IG Bau-Vorstandsmitglied, erörtert das Für und Wider bei der Beschäftigung von Frauen im Baugewerbe.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressediensl GmbH
Godeberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 140

25. Juli 1979

"Nicht der Hauch eines Unterschieds"

Niedersachsen-CDU ist nicht der weiße Rabe im Unions-Lager

Von Karl Ravens MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Mit ihren ständigen Bemühungen, einen anderen, den offeneren und liberaleren Teil der CDU darstellen zu wollen, haben der niedersächsische Ministerpräsident und seine Partei jetzt Schiffbruch erlitten. Der Kanzlerkandidat der Union hat dieses lange gepflegte Image wie eine Seifenblase zum Platzen gebracht. Deutlicher kann man es nicht ausdrücken: Zwischen ihm, Strauß, und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht gäbe es politisch "nicht den Hauch eines Unterschieds". Meldungen über angebliche Gegensätze zwischen Strauß und Albrecht seien nichts anderes als "Dienstmädchen-Geschwätz".

Was Strauß in aller Klarheit ausgesprochen hat, versucht Herr Albrecht seit seinem Regierungsantritt vor drei Jahren zu verschleiern: Daß nämlich die niedersächsische CDU trotz eines selbstverpaßten scheinliberalen Etiketts aus dem gleichen Holz geschnitzt ist wie die Gesamtpartei zwischen Flensburg und dem Bodensee. Wir Sozialdemokraten haben hierauf von Anfang an und immer wieder hingewiesen. Bei den Freien Demokraten hat sich diese Erkenntnis nach der Landtagswahl - für die FDP zu spät - durchgesetzt. Wer die Lan-

despolitik in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, konnte feststellen, daß zur Schau gestellte Weltoffenheit und liberaler Schein im krassen Gegensatz zum tatsächlichen Handeln dieser Landesregierung gestanden haben. Dafür einige Beispiele aus jüngster Zeit:

Mit der Änderung des niedersächsischen Schulgesetzes in über 100 Paragraphen entsteht nach einer Phase der Konsolidierung neue Unruhe in unseren Schulen. Gleichzeitig werden wesentliche Ergebnisse der Schulreform zu Grabe getragen.

Im Hochschulbereich wurden eingeleitete Demokratieprozesse, zum Beispiel bei der Zusammensetzung des Konzils, wieder rückgängig gemacht.

Die Attacken des niedersächsischen Ministerpräsidenten gegen den Norddeutschen Rundfunk und seine Absicht, ein Radio Niedersachsen einzurichten, zielen darauf ab, sich ein unkritisches und bequemes Regierungssprachrohr zu verschaffen.

Die unnachgiebige Haltung bei der praktischen Handhabung des sogenannten Extremistenerlasses zeigt, daß für die Landesregierung Anpassungsbereitschaft die wichtigste Voraussetzung für den Eintritt in den öffentlichen Dienst ist.

Mit der "vorsorglichen" Bereitstellung von 80 Haftplätzen für Demonstranten in Gorleben hat die Landesregierung diese im vorhinein als potentielle Kriminelle abgestempelt.

Die Heranziehung der Bewohner des Anti-Atomdorfes in Grohnde zu den Kosten des Polizeieinsatzes für die Räumung bedeutet faktisch eine Aushöhlung des verfassungsmäßig garantierten Demonstrationsrechts.

Diese Beispiele sind Mosaiksteine, die, wenn man sie zusammenlegt, das tatsächliche Bild der niedersächsischen CDU-Politik ergeben. Dieses Bild hat nichts gemein mit dem, das die niedersächsischen CDU-Oberen von sich und ihrer Landesorganisation zeichnen, um für Wähler "aus der Mitte" attraktiv zu sein. Die Niedersachsen-CDU ist nichts "besonderes", wie Herr Hasselmann zu vermitteln versucht. Sie ist nicht der weiße Rabe im Unionslager. Strauß weiß das, und er hat jetzt mit einer unbekümmerten Handbewegung diesen scheinliberalen Vorhang beiseite gezogen. Derartig bloßgestellt, wird es Herrn Albrecht künftig schwerer fallen, nach außen den Eindruck zu erwecken, die Niedersachsen-CDU sei "dem Maß und der Mitte verpflichtet". Spätestens im Bundestagswahlkampf marschliert auch die niedersächsische CDU nach dem Taktstock des Bayern. Und dann wird man sie nicht einmal vom politischen Stil her - geschweige denn von den Sachaussagen - von den übrigen Unionschristen unterscheiden können.

(-/25.7.1979/ks/lo)



Mit der Gleichberechtigung Ernst machen

Überholte Einstellungen und Vorurteile abbauen

Von Marlies Kutsch

Leiterin des Arbeitsstabs Frauenpolitik beim Bundesfamilienministerium

Um die Chancengleichheit der Frauen weiter voranzubringen, gibt es seit dem 1. Juli 1979 im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit den Arbeitsstab Frauenpolitik. Er soll - so der Auftrag des Bundeskanzlers an die für Frauenpolitik zuständige Ministerin Antje Huber - darauf hinwirken, daß rechtliche Lücken zur Erlangung der vollen, im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung geschlossen und praktische Benachteiligungen von Frauen beseitigt werden. Um dies zu erreichen, wird der Arbeitsstab alle einschlägigen Vorhaben der Bundesregierung auf Ihre Bedeutung für Frauen untersuchen. Er wird von sich aus Vorstellungen entwickeln, wie die Interessen von Frauen wahrgenommen werden können und diese Vorstellungen innerhalb der Bundesregierung fördern. Daher wird der Arbeitsstab zu allen anderen Ressorts ständigen fachlichen Kontakt suchen und halten.

Frauen sollen zudem besser über ihre Rechte informiert werden. Durch breite Öffentlichkeitsarbeit will der Arbeitsstab versuchen, überholte Einstellungen und Vorurteile abzubauen.

Er versteht sich auch als eine Anlaufstelle für Frauen, die benachteiligt sind, um strukturelle Ansatzpunkte für den Abbau dieser Benachteiligungen zu finden.

Durch die Ansiedlung bei dem für Jugend und Familie zuständigen Ressort wird eine wichtige sachliche Verzahnung sichtbar. Denn Rollenverhalten von Jungen und Mädchen - ganz entscheidend für Chancengleichheit - wird maßgeblich in der Familie geprägt.

Schon jetzt zeichnen sich einige Schwerpunkte für die Tätigkeit des Arbeitsstabs ab. Bei der anstehenden Neuregelung der sozialen Sicherung werden wir darauf zu achten



haben, daß die berechtigten Wünsche und Forderungen der Frauen zum Zuge kommen und daß Frauen nicht diejenigen sind, die die Kosten einer Umverteilung allein zu tragen haben.

Die beruflichen Chancen von Frauen zu verbessern, wird ein weiterer Schwerpunkt sein. Hier gilt es in erster Linie, das berufliche Spektrum für Frauen und Mädchen zu vergrößern. Der Arbeitsstab Frauenpolitik wird sich zum Beispiel dafür einsetzen, daß Lehrer, Ausbilder und Eltern Mädchen ermutigen, auch andere als traditionelle Frauenberufe zu ergreifen. Natürlich kann er dies nicht verordnen beziehungsweise mit irgendwelchen Zwangsmitteln erreichen; er kann aber positive Beispiele aufzeigen und auf diese Weise bewußtseinsverändernd wirken.

Es wird viel davon gesprochen, Frauen nach Erfüllung von Familienaufgaben bessere Möglichkeiten zu eröffnen, in den Beruf zurückzukehren. Der Arbeitsstab will dazu beitragen, konkrete Wege zu erproben und dafür Sorge zu tragen, geeignete Hilfen in breiter Form umzusetzen. Außerdem muß überlegt werden, wie Frauen ihre einmal erworbenen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem laufenden halten können, solange sie sich ausschließlich der Familie widmen.

Darüber hinaus wird der Arbeitsstab alles unterstützen, was es Frauen leichter macht, im öffentlichen Leben mitzuwirken. Es ist bemerkenswert, daß der Bundestag bestehend aus 479 Männern und 39 Frauen von jedermann als eine angemessene Repräsentanz des deutschen Volkes angesehen wird. Jedermann - mindestens aber jeder Mann wird ein Parlament, in dem 479 Frauen und 39 Männer saßen, sicher nicht für eine ausreichende Vertretung halten.

Der Arbeitsstab wird gesellschaftliche Gegebenheiten natürlich nicht allein und auch nicht im Schnellverfahren ändern können. Er wird jedoch auf Probleme aufmerksam machen und seine Hilfe bei ihrer Veränderung anbieten können. (-/25.7.1979/ks/lo)

+ + +



Frauenarbeit auf Baustellen?

Gegenüber gesetzlichen Neuregelungen ist Skepsis angebracht

Von Jürgen Jöns

Mitglied des Bundesvorstandes der IG Bau-Steine-Erden

Nach dem bisher geltenden Recht dürfen Frauen auf Bauten nicht beschäftigt werden. Dieses Beschäftigungsverbot wird noch bekräftigt durch ein Arbeitsverbot bei der Beförderung von Baumaterial und für Arbeiten, bei denen nicht nur gelegentlich Lasten von über zehn kg gehoben oder getragen werden müssen.

Seit einiger Zeit wird die Forderung erhoben, die Beschäftigungsverbote für Frauen aufzuheben. Die Aufhebung der Beschäftigungsverbote wird mit der Chancengleichheit für Frauen und der Arbeitsmarktsituation begründet.

Es ist müßig, Untersuchungen darüber anzustellen, warum ausgerechnet das menschenverachtende Naziregime die einschlägigen Bestimmungen erlassen hat. Offiziell werden die Bestimmungen mit den Gesundheitsgefahren der Bauarbeit begründet. Haben sich diese Gefahren seit 1938 reduziert? Darüber gibt es keine authentische Untersuchung. Es ist geradezu leichtfertig zu behaupten, wegen des seit 1938 erhöhten Maschineneinsatzes würde Bauarbeit wesentlich leichter geworden sein. In den Arbeitsanforderungen sind Verschiebungen eingetreten. Erleichterungen gehen mit neuen Erschwernissen einher. 1938 konnte man zum Beispiel die erst nach dem Krieg zunächst aus Trümmerresten entwickelten großformatigen Steine noch nicht. Diese Steine werden zwar heute mit Hilfsmitteln transportiert, die eigentliche Verlegung findet aber immer noch mit der Menschenkraft statt. Heben und Tragen schwerer Lasten ist ein Bestandteil jeglicher Arbeit am Bau.

Die Mediziner müssen sich dazu äußern, ob Frauen ohne Schaden Bauarbeit verrichten können.

Besonders von denjenigen, die das Beschäftigungsverbot für Frauen auf Bauten wegen der Chancengleichheit aufheben wollen, wird argumentiert, es würden zahlreiche Mädchen vor der Tür stehen, die brennend darauf warten, auf Baustellen tätig zu sein. Es werden dann Kronzeugen aufgerufen, die es, trotz Verbote, geschafft haben, einen Bauberuf zu erlernen. Diese Kronzeugen sind in aller Regel Töchter von Handwerks-



meistern, die den väterlichen Betrieb einmal übernehmen sollen.

Kürzlich wurde in einem Prozeß untersucht, ob eine solche Frau als Zimmerer auf dem Bau arbeiten darf. Das Gericht kam zu dem Schluß, das allgemeine Beschäftigungsverbot sei verfassungswidrig, die gezielten Schutzverbote bestünden zu Recht. In diesem Fall heißt es konkret, der weibliche Zimmerer darf zwar auf dem Bau arbeiten, Balken tragen darf er jedoch nicht. Mit einer solchen Regelung kann man jedoch nur in Ausnahmefällen leben.

Die Tätigkeiten auf Baustellen sind verschieden. Aus diesem Grund muß auch untersucht werden, ob bestimmte Berufe von Frauen ausgeübt werden können. Das müssen jedoch Fachleute beurteilen. Laien kommen oft zu falschen Schlüssen. Da wird zum Beispiel die Tätigkeit des Fliesenlegers als eine körperlich leichte Arbeit eingestuft. Tatsächlich ist die Rate der körperlichen Schädigungen bei den Fliesenlegern von allen Bauberufen am höchsten.

Der Zugang von Frauen zu Bauberufen muß berufliche Perspektiven eröffnen. Daran denken in erster Linie diejenigen, die für die Aufhebung der Beschäftigungsverbote sind. Dabei wird leider vergessen, daß die Gleichberechtigung zwei Seiten hat.

Mit der Aufhebung der einschlägigen Verbote wird die Arbeit auf Baustellen für Frauen als zumutbar erklärt. Dann kann man keinen Vermittler auf dem Arbeitsamt daran hindern, arbeitslose Frauen auf Baustellen zu vermitteln. Er muß es sogar. Besonders Frauen ohne Ausbildung und entsprechendem Berufsschutz würden dann zu Hilfsarbeiten auf die Baustellen kommen. Es liegt nahe, daß möglicherweise die Frauen von Gastarbeitern über diesen Weg in den Arbeitsprozeß eingeschleust werden. Diese Folge der Zulassung von Frauen für Bauarbeit ist das größte Problem.

Sicher werden sich Wege finden lassen, die wenigen Frauen, die eine qualifizierte Tätigkeit ausüben wollen, in diesem Wirtschaftszweig zu beschäftigen. Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden wird sich aber mit allen Mitteln dagegen wehren, daß Frauen in diesem Gewerbe als gering bezahlte Hilfskräfte beschäftigt werden und somit ein Druck auf die Löhne und die übrigen Arbeitsbedingungen ausgeübt wird. Wenn in den letzten Jahren massenweise Männer - sogar Facharbeiter - diesen Wirtschaftszweig verlassen haben, weil ihnen die Bedingungen nicht genügen, sollte man jetzt nicht ungeprüft Frauen in die entstandenen Lücken stopfen. Das hat wirklich nichts mit Gleichberechtigung zu tun.

(-/25.7.1979/ks/lo)

